

Margarete Jäger/Siegfried Jäger

Rechtsaußen in der „Mitte“: Rassismus in deutschen Diskursen



Dr. Margarete Jäger, geb. 1951 in Duisburg, Lehre als Bankkauffrau, Studium der Wirtschaftswissenschaften und der Germanistik, ist seit 1987 Mitarbeiterin und stellvertretende Leiterin des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung; Arbeitsschwerpunkte: Diskursanalysen zu Rassismus und Rechtsextremismus.



Prof. Dr. Siegfried Jäger, geb. 1937 in Duisburg, Studium der Germanistik und Anglistik in Bonn, ist seit 1972 Professor für Sprachwissenschaft an der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg und seit 1987 Leiter des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung; Arbeitsschwerpunkte: Diskurstheorie, Diskursanalyse, Rechtsextremismus und Rassismus.

Deutschland driftet - und zwar nach rechts! Das konstatierte bereits 1994 der CDU-Politiker Friedbert Pflüger in seinem gleichnamigen Buch. Und auch Heiner Geißler, damals stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, warnte vor einer weiteren Rechtsentwicklung - auch innerhalb der CDU.

Friedbert Pflüger und Heiner Geißler standen allerdings bisher mit ihrer Einschätzung nicht nur in der CDU ziemlich alleine da. Und das ist kein Zufall, denn die von ihnen beklagte Rechtsentwicklung ist keine Bewegung, die - wie ein Druck von rechts - sich von außerhalb auf die herrschende politische Kultur zu bewegt und deshalb an Einfluss gewinnt. Vielmehr verhält es sich so, dass rechtsextreme Ideologiefragmente deshalb zunehmend akzeptiert werden, weil sie in der „Mitte“ der Gesellschaft passende Anknüpfungspunkte finden. Insofern ist auch der Motor dieser Entwicklung nicht (allein) am rechten Rand auszumachen, sondern in der so genannten Mitte unserer Gesellschaft.

Die Rechtsdrift vollzieht sich dabei schleichend, so dass das Skandalträchtige an ihr nicht ohne weiteres sichtbar wird. Schritt für Schritt bringen sich völkische bzw. völkisch aufgela-

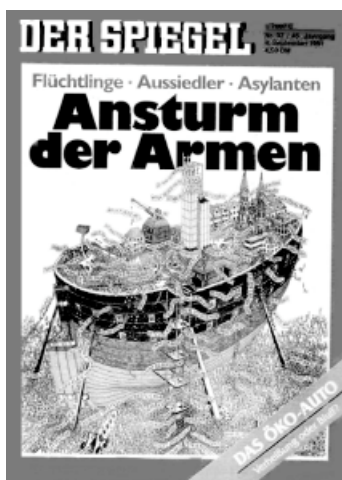
dene Positionen zur Geltung und erweitern das, was an undemokratischen Positionen sagbar ist.

Daran hat sich nach dem Regierungswechsel 1998 nichts Grundlegendes geändert - auch wenn die rot-grüne Regierung hier einige Anstrengungen unternommen hat, z.B. durch eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts.

Im Folgenden wollen wir versuchen, einen etwas genaueren Einblick in diese schleichende undemokratische Entwicklung zu geben.¹ Wir unternehmen dies vor allem am Beispiel des Einwanderungsdiskurses und konzentrieren uns auf die Medien, da diese Diskurse und Subjekte formieren. Dabei wird sich zeigen, dass das Denken und Sprechen stark von *rassistischen Strukturen* durchsetzt ist, die im Übrigen quer zum politischen Spektrum auftauchen.

Rassismus im Mediendiskurs

Medien vermitteln ihre Botschaften zu einem großen Teil über Wörter, Begriffe und Bilder. Bereits ein Blick auf die Bezeichnungen, mit denen Fremde in Deutschland belegt werden, zeigt, wie Aus- und Abgrenzungen in diesem Sektor funktionieren. Etwa seit Beginn der achtziger Jahre taucht in Westdeutschland in den Medien eine neue Bezeichnung für Flüchtlinge auf: die Asylanten. Doch nicht alle Flüchtlinge werden so bezeichnet. Mit dem Terminus „Asylant“ werden vornehmlich solche Flüchtlinge bezeichnet, die aus Ländern der so genannten Dritten Welt kommen, während für Flüchtlinge aus Osteuropa weiterhin der Begriff „Flüchtling“ verwendet wird. Es ist bereits diese Terminologie, mit der Flüchtlinge in gute, zugangsberechtigte und schlechte, nicht berechnete Flüchtlinge aufgespalten werden. Auf diese Weise wird eine Hierarchie erstellt, die der SPIEGEL im September 1991 unter Einbezug der Aussiedler eindrucksvoll ins Bild gesetzt hat.



Auch die Boot-Symbolik dieses Titels ist bezeichnend. Das volle Boot kann in unterschiedlicher Weise verstanden werden: es kann Deutschland, es kann Europa, es kann aber auch die Industrienationen insgesamt symbolisieren. Und darüber ragt die Titelzeile: „Flüchtlinge – Aussiedler – Asylanten: Ansturm der Armen“.

Inzwischen hat sich diese Aufspaltung verschoben. Mittlerweile redet die mediopolitische Klasse nicht nur von Wirtschaftsflüchtlingen oder „Asylanten“, sondern auch im Bereich der Einwanderer werden nützliche und nicht nützliche Personen unterschieden. Denn das ist dabei wichtig: mit solchen unterschiedlichen Begriffen wird ein soziales Problem aufgespalten und die eine Seite ausgegrenzt.

¹ Die folgenden Ausführungen wurden auf der Grundlage verschiedener empirischer Untersuchungen formuliert. Vgl. z.B. Siegfried Jäger u.a., Der Spuk ist nicht vorbei. Völkisch-nationalistische Ideologeme im öffentlichen Diskurs der Gegenwart, Duisburg 1998.

Hinzu kommt, dass solche Begriffe in eine Verbindung mit anderen leicht verständlichen kollektiven Symbolen gebracht werden, die dazu geeignet sind, Vorurteile gegenüber Einwanderern und Menschen mit Migrationshintergrund aufzubauen und zu verfestigen.

Dabei ist nicht nur die bereits angesprochene Flut- und Boot-Symbolik von Bedeutung. Sie taucht zwar in diesem Zusammenhang ausgesprochen häufig auf. Hinzu kommen militärische Symbole, mit denen diesen Menschen begegnet wird. In Schaubildern werden z.B. gerne und häufig Einwanderungsprozesse als (spitze) Pfeile markiert, wodurch der Effekt einer militärischen Bedrohung hervorgerufen wird. Einwanderer oder Flüchtlinge können so als feindliche Armeen verstanden werden, die die Bundesrepublik bzw. Westeuropa belagern oder zu überrollen drohen.

Wichtig ist aber, dass die eingesetzten Symbole nicht isoliert voneinander funktionieren, sondern in einem Zusammenhang stehen. So ist zu beobachten, dass in Verbindung mit dem Thema Einwanderung und Flucht Deutschland oder auch Europa oft durch Flugzeuge, Autos, Schiffe oder Häuser symbolisiert wird. Dagegen gelten für die Außenwelt eher solche Symbole wie Ungeziefer, Stürme, Fluten, Gifte etc. Zwischen der Symbolserie, mit der die Innenwelt, die Bundesrepublik, Europa oder der Westen codiert wird, und der, mit der die Außenwelt markiert wird, bestehen allerdings charakteristische Unterschiede, die massive Auswirkungen für mögliche Ausgrenzungseffekte haben.

Die Symbole, die das eigene System codieren, signalisieren fast immer einen Subjektstatus der Dargestellten, während die Symbole, die sich auf die Außenwelt beziehen, diesen vermessen lassen. Das eigene System wird durch Symbole codiert, die mit Ordnung und Rationalität verbunden sind, das Außensystem durch solche, die Chaos und Unberechenbarkeit signalisieren.

In Verbindung mit dem Thema Einwanderung und Flucht wiederholen die Medien solche Symbole stereotyp bei allen sich bietenden Gelegenheiten. Dadurch bildet sich eine Kette von Äquivalenzen heraus und es wird folgende Geschichte über Deutschland erzählt: Deutschland ist gegenüber dem „Strom“ von Flüchtlingen und Einwanderern eine „Insel“, ein „Land“ ohne „Damm“, das durch riesige „Fluten“ in der Gefahr steht, „überschwemmt“ zu werden. Deutschland ist mit einem „Boot“ zu vergleichen, das diesen „Fluten“ ausgeliefert ist. Es ist ein „Haus“, dessen „Türen“ weit offen stehen und in dem Fremde einen „Sprengsatz“ deponiert haben. Schließlich kann Deutschland auch als ein „Körper“ gelesen werden, der von „Krankheiten“, „Giften“, vor allem „Drogen“ bedroht ist. Insgesamt ist diese Welt eine „Oase der Ordnung“, die bedrängt wird von der „Wüste“ des „Chaos“.²

Auf diese Weise verbreiten die Medien rassistische Konstruktionen und konstituieren ein Kollektivsubjekt: Dieses Subjekt trägt den Namen „Wir Deutsche“ oder „Deutschland“ oder „Europa“ - je nachdem, welche Perspektive gerade eingenommen wird. Dieses Subjekt erscheint bedroht und befindet sich daher in einer Notwehr-Situation. Ist es da verwunderlich, dass der Ruf nach Gegenwehr laut wird?

Durch den ständigen und regelmäßigen Einsatz dieser Symbole tragen Medien mit dazu bei, bei den Menschen im Lande Handlungsbereitschaften - auch zur Gewalt - zu erzeugen bzw. diese Gewalt oder weitere restriktive Maßnahmen gegen Flüchtlinge und Einwanderer als akzeptierbar und notwendig erscheinen zu lassen. Sie erzeugen ein Klima, in dem Flüchtlinge und selbst deren Kinder in Abschiebehaft genommen und kriminalisiert werden können, in dem Gesetze verschärft werden, Einwanderern weiterhin die doppelte Staatsbürgerschaft verweigert wird usw.

2 Vgl. auch Ute Gerhard, Wenn Flüchtlinge und Einwanderer zu Asylantenfluten werden - zum Anteil des Mediendiskurses an rassistischen Pogromen, in: Siegfried Jäger/Franz Januschek (Hrsg.), Der Diskurs des Rassismus, Oldenburg 1992, S. 163-178.

Es ist wichtig zu erkennen, dass die scheinbare Notwehrsituation, in die die Medien die deutsche Gesellschaft hineinschreiben, sich aus der *bildlichen Logik* der von ihnen eingesetzten Symbole ergibt. Die Gewalttäter vor Ort, die angesichts dieser Formulierungen zur Tat schritten und übrigens weiter zur Tat schreiten, müssen sich durch die Berichterstattung und Einschätzungen der Medien (und Politiker) dazu aufgefordert fühlen.

Auch nach den gewalttätigen Ausschreitungen Anfang der neunziger Jahre hat sich hier bei den meisten Medien nichts geändert. Weiterhin wurde von „Asylanten-Strömen“ gesprochen, weiterhin sahen und sehen viele Journalisten und Journalistinnen „Dämme brechen“ und Deutschland „in einem Meer von Flüchtlingen versinken“.

Ein spektakuläres Beispiel für den fortwährenden Einsatz solcher angstmachender Symbole ist die Berichterstattung über die so genannte Kurden-Flucht im Dezember 1997/Januar 1998. Kaum eine deutsche Zeitung ließ es sich entgehen, das Fluchtschiff auf der Titelseite abzudrucken, umgeben von einem Gewimmel von Menschen, die als Bedrohung für Deutschland und ganz Europa in Erscheinung traten und „uns“ erneut in eine Notwehrsituation versetzten. Und all dies, obwohl zu diesem Zeitpunkt kein einziger Kurde die deutsche Grenze überschritten hatte.

Nach der Änderung des Asylartikels im Grundgesetz, als die Zahl der Flüchtlinge in Deutschland dramatisch sank, veränderte sich der Akzent der negativen Berichte in den Medien über Einwanderung und Flucht. Es häuften sich die Berichte über die so genannte „Ausländerkriminalität“. Sie schafften die Grundlage dafür, dass die im Zusammenhang mit der Verschärfung des Asylrechts alsbald folgende Welle von Abschiebungen in der Bevölkerung akzeptiert wird.

Die Debatte über Ausländerkriminalität wurde bzw. wird dabei vielfach mit der Frage verbunden, ob die multikulturelle Gesellschaft überhaupt ein lebbares Konzept sei. Mit der Verkopplung des Themas Einwanderung mit der Debatte um Innere Sicherheit in Deutschland, die von der Presse (vor allem ab 1997) verstärkt vorangetrieben und von politischer Seite aufgenommen wird, wurde den rassistischen Elementen im Diskurs neue Schubkraft verliehen. Als Hintergrund für die mediale Aufnahme dieses Komplexes kann bzw. muss die Studie von Wilhelm Heitmeyer u. a. angesehen werden. Diese Studie, die im April 1997 unter dem spektakulären Titel „Verlockender Fundamentalismus“ erschien, weist auf den Zusammenhang zwischen mangelnder Integration, Fundamentalismus und Gewaltbereitschaft seitens türkischer Jugendlicher hin.³ Der SPIEGEL reagierte. In seiner Titelstory „Ausländer und Deutsche: Gefährlich fremd. Das Scheitern der multikulturellen Gesellschaft“ vom 14. April 1997 verarbeitet er die Ergebnisse der Studie zu einem Szenario, das Deutschland durch Bandenkriege erschüttert sieht, die zwischen Aussiedlern und türkischen Jugendgangs stattfinden und durch die die deutsche Bevölkerung elementar in ihrer Sicherheit bedroht wird. Dieser Artikel markiert einen gewissen Höhepunkt eines Diskussionsverlaufes, bei dem sich das diskursive Zusammenspiel von Politik, Medien und Wissenschaft recht gut nachvollziehen lässt.

Am 3. Juli 1997 widmet sich der STERN im Heft 28 der Frage „Brauchen wir härtere Strafen?“ Unter dem Titel „Sie prügeln, sie dealen und stechen, sie stehlen und rauben: Sind wir zu tolerant?“ stellt er zwar verbal die „Ausländerkriminalität“ nicht in den Mittelpunkt des Geschehens, doch in Bildern und Untertexten werden die „Rumänen-Mafia“ und die „jungen Afrikaner“, die Kokain an Süchtige verkaufen, in Szene gesetzt. Wir sehen ein Bild eines blutüberströmten Drogenkunden, dem „von einem marokkanischen Dealer mit einem Messer in den Hintern gestochen“ wurde. (STERN 28/1997, 16ff.) Und die Drogendealer werden in Gestalt schwarzhäutiger Personen dann auch ins Bild gesetzt. Angesichts dieser Situation diskutiert der STERN das

3 Wilhelm Heitmeyer/Joachim Müller/Helmut Schröder, Verlockender Fundamentalismus. Türkische Jugendliche in Deutschland, Frankfurt/M 1997.

Konzept der Kriminalitätsbekämpfung aus New York, dessen Slogan „zero tolerance“ denn auch sofort ins Deutsche übersetzt wird: „Null Toleranz“.

Ein paar Tage später legt der SPIEGEL nach. Am 7. Juli lautet seine Titelstory „Gegen Verbrechen, Drogen und Dreck in den Städten: Aufräumen wie in New York“. Im Innenteil behandelt die Reportage „Der Ruf nach mehr Obrigkeit“ ebenfalls das angeblich so erfolgreiche amerikanische Konzept gegen Kriminalität. Im Text wird eine Reihe von Gruppierungen konstituiert, die eine Gefahr für die Bundesrepublik darstellten. Kaum eine Problemgruppe wird ausgelassen: Flüchtlinge, Schwarzfahrer, Mörder, Graffiti-maler, Betrunkene, Dealer, Obdachlose, Bettler - sie alle werden als Störfaktoren der öffentlichen Ordnung über einen Kamm geschoren. Alle diese Personen werden dafür verantwortlich gemacht, dass deutsche Städte zu Orten von Dreck, Schmutz, Ungeziefer und Verbrechen würden. Die New Yorker Vorgehensweise wird gefeiert.

Die nächste Eskalationsstufe lässt nicht lange auf sich warten. Bisher hatten konservative Politiker und Presse im Gleichklang die bedrohliche Entwicklung, die in Deutschland durch Einwanderung hervorgerufen würde, angeprangert. Nun meldet sich jemand zu Wort und gießt Öl ins Feuer, der bislang zu den Kritikern dieser Auffassung gehörte: Der damalige niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder (SPD) gibt am 20. Juli 1997 der BILD AM SONNTAG ein Interview, in dem er eine schärfere Handhabung der ohnedies repressiven Ausländerpolitik der damaligen Bundesregierung fordert („Schröder: Kriminelle Ausländer raus!“). Dieses Interview löst für Wochen eine Diskussion aus, die den gesamten deutschen Blätterwald beherrscht.



Focus-Titel Juli 1997

Bereits ein paar Tage später wartet der Focus mit einem Titelbild auf, das dem Leser die Pistole auf die Brust setzt „Gefährliche Ausländer?“ (FOCUS Nr. 31 vom 28.7.97)

Im Innenteil heißt es dann „Warum Gerhard Schröder die Ausländerkriminalität jetzt als Wahlkampfthema entdeckt. Wie brisant die Lage wirklich ist. Verbrecher im Visier“. Durch das Schröder-Interview sah sich offenbar der gesamte Blätterwald genötigt, in das Thema einzusteigen, was von BILD AM SONNTAG nicht ohne Stolz hervorgehoben wurde. (27.7.97)

Nach dieser medialen Vorlage sind die Politiker wieder am Zug: Die Bonner SPD unterstützt Gerhard Schröder mit dem Hinweis darauf, dass die Opfer von Kriminalität vor allem die Menschen seien, für die die SPD sowieso und schon immer einsteünde (Vgl. FR, 11.8.97). Die Koalitionsparteien hingegen versuchen, in der SPD nun einen Allianzpartner zu finden, der ihre Vorstellungen von Staat, Recht und Ordnung teilt. Und im Vorfeld der Senatswahl in Hamburg im September 1997 bläst auch der damalige Hamburger Regierende Bürgermeister Henning Voscherau in das gleiche Horn. Die Wahl endet mit einem Stimmenverlust der SPD und Zugewinnen rechtsextremer Organisationen, von denen die DVU mit 4,9 Prozent nur knapp an der 5-Prozent-Hürde scheitert (mit weniger als 200 Stimmen!). Die Wahlerfolge der DVU in Sachsen-Anhalt im April 1998 gehen auf das gleiche Konto.

Eine medial so angelegte Debatte um die Innere Sicherheit führt nicht nur dazu, dass in der Bevölkerung der Boden für eine stärkere Ausgrenzung krimineller Personen bereitet wird. Verbunden damit, dass die Einwanderung zu einem Kernproblem Innerer Sicherheit hochstilisiert wird, entwickeln sich Bedrohungsgefühle gegenüber Ausländern. In diesem diskursiven Kontext entfalten die Berichte über Straftaten von inländischen und ausländischen Tätern ihre Wirkung.

Als ein herausragendes Negativbeispiel, mit dem eine rassistische Aufladung des Einwanderungsdiskurses erneut bewirkt wurde, sind Titelbild und -story der bereits erwähnten SPIEGEL-Ausgabe vom April 1997 anzusehen:



Spiegel-Titel April 1997

Mit der Titel-Collage lässt der SPIEGEL keine Fragen offen. Denn folgt man der inszenierten bildlichen Logik, so besagt diese, dass die so harmlos daher kommende Beschäftigung mit dem Koran (unten links) Gewaltbereitschaft hervorbringe (unten rechts: bewaffnete Jugendliche offenbar nicht-deutscher Herkunft). Zusammen führe dies zur uns bedrohenden islamischen Revolution. Die „islamische Marianne“ (mit der bildlichen Anspielung auf das berühmte Gemälde von Eugène Delacroix) schwingt die türkische Fahne mit „typisch“ weiblich-adernschwellendem Fanatismus und lauter Stimme. Wozu die Islamisten zusätzlich fähig sind, das erzählt uns das (grüne) Band unten links: Die Mykonos-Affäre(!), die „den Terror aus Teheran“ - wie es innen heißt - nach Deutschland getragen habe.⁴

Dieser Titel schürt Angst. Und Angst macht zu Gegenmaßnahmen bereit, hetzt auf und fordert die Abwehr einer imaginierten Bedrohung „unseres deutschen Vaterlandes“. Der Text im Inneren legt nach: „Zeitbomben in den Vorstädten“ - so lautet die Überschrift, und darunter wird behauptet, dass die Ausländerintegration gescheitert sei. Anstelle von Integration entstünde „eine explosive Spannung“.

Die Spannungsträger sind dann im Bild postiert: jugendliche, gewaltbereite Einwanderer, kopflos (und damit ohne Subjektstatus), mit einem Messer in der Hand, das jeder Zeit dem Betrachter an die Kehle gesetzt werden kann. Die Bild-Unterschrift zerstreut die letzten Zweifel darüber, wen das Foto zeigt: eine „Türkisch-kurdische Gang in Berlin-Kreuzberg“.

Im weiteren Verlauf des Artikels wird diese dramatische Situation mit Hilfe von Grafiken und Fotos mit sensationsheischenden Kommentierungen in Szene gesetzt.

Solche Texte und Bilder sind eben nicht nur in der Boulevard- und Sensationspresse zu finden, sondern in nahezu allen Zeitungen, selbst in seriösen Blättern wie DIE ZEIT oder in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG, selbstverständlich nicht immer derart massiv.

Demgegenüber sind die Beispiele für eine verständnisvolle und nicht rassistisch unterfütterte Berichterstattung über Einwanderer und Flüchtlinge eher selten anzutreffen; und - was hinzukommt - sie bilden keine Ketten, die auf Dauer ein anti-rassistisches Bewusstsein aufbauen helfen könnten. Wir haben bei unseren Analysen sogar festgestellt, dass auch Berichte und Kommentare, die fair und ausgleichend über Einwanderung und Flucht berichten, sich in Widersprüche verwickeln, die auf den rassistisch strukturierten Diskurs verweisen, aus dem heraus bzw. in den hinein sie formuliert werden.

4 Dieses Titelbild hat der Spiegel-Redaktion Ärger bereitet, weshalb das Gesicht der jungen Frau später und im Internet unkenntlich gemacht wurde.

Im Resultat jedoch muss festgestellt werden, dass die Medienberichterstattung im Feld Einwanderung und Flucht erheblich dazu beigetragen hat, dass sich eine schleichende Rechtsentwicklung in Deutschland vollziehen konnte, indem die Medien Flüchtlinge und Einwanderer als von „deutscher Normalität“ abweichend und diese latent bedrohend stilisiert haben.

Rassismus im Alltagsdiskurs

Dass der mediopolitische Diskurs entsprechende Wirkungen in der Bevölkerung hinterlässt, zeigen mehrere Studien, in denen der Alltagsdiskurs von Einwanderung und Flucht in Deutschland erfasst wurde.⁵

Dort zeigte sich, dass alle Gruppen der deutschen Bevölkerung bzw. Personen deutscher Herkunft rassistisch in diese Diskurse verstrickt sind. Gleichgültig, ob alte oder junge Personen, Männer oder Frauen, egal, welche Partei sie wählen und welchen Beruf sie ausüben - keine Gruppe kann sich dieser Verstrickung entziehen. Rassismus ist also keineswegs als ein Problem der Jugend zu verharmlosen, wie dies auch in der aktuellen Debatte immer wieder geschieht und einige wissenschaftliche Untersuchungen auch gern suggerieren. Jugendliche sind zwar auch auf rassistische Weise in die Diskurse verstrickt, und es sind in der Tat vorwiegend Jugendliche, die zu offener Gewalt greifen. Sie verstehen sich aber dabei nur als diejenigen, die den Willen der Älteren ausführen und schon allein aus physischen Gründen in dieser Hinsicht stärker hervortreten.

Rassismus äußert sich in der Regel nicht offen, sondern wird durch bestimmte Argumentationsstrategien verbreitet. Das ist insofern verständlich, als Rassismus ja offiziell in und von der Gesellschaft negativ bewertet wird. Wer seine Vorbehalte ausdrücken will, bedient sich infolgedessen bestimmter Redestrategien. Typisch ist die Ja-aber-Argumentation: „Ich habe nichts gegen Ausländer, aber es sind doch zu viele hier.“ (Unser Boot ist voll.) Häufig wird auch auf (vermeintliche) Autoritäten verwiesen, die eine rassistische Aussage bestätigen, etwa: „Im Fernsehen sagen sie auch, dass es zu viele sind.“

Insgesamt taucht im Alltag ein Katalog von etwa 30 stereotypen negativen Bewertungen von Einwanderern und Flüchtlingen auf, der von den meisten Deutschen geteilt wird. Wir haben es hier insofern also nicht mit individuellen Aussagen oder Erfahrungen zu tun, sondern mit einem sozialen Problem. Die Negativ-Urteile sind sozial fest verankert. Häufig handelt es sich um unzulässige Verallgemeinerungen von Einzelfällen wie etwa: „Die Ausländer sind kriminell.“

Interessant ist nun, dass sich dieser Katalog von Negativ-Urteilen in den Medien und teilweise auch in der Politik auffinden lässt, was noch einmal darauf hinweist, dass die Medien zur Formierung rassistischer Einstellungen erheblich beitragen. Ein Indiz dafür sind so genannte „journalistische Schlüsselwörter“. Damit sind Begriffe gemeint, die nicht zur „normalen“ Alltags-Sprache gehören wie etwa Aggression, Ambition, „Asylant“, Diskriminierung, Identität, Infrastruktur, integrieren, Kultur oder Kulturkreis, Mentalität, Strukturwandel - um nur einige zu nennen.

⁵ Vgl. zum folgenden besonders Siegfried Jäger, *BrandSätze. Rassismus im Alltag*, Duisburg 1996; Margarete Jäger, *Fatale Effekte. Die Kritik des Patriarchats im Einwanderungsdiskurs*, Duisburg 1996, Gabriele Cleve, *Völkisches Denken im Alltag*, in: Andreas Disselnkötter u.a. (Hrsg.), *Evidenzen im Fluß. Demokratieverluste in Deutschland*, Duisburg 1997, S. 244-260.

Auch die anzutreffenden Ab- und Ausgrenzungen durch sprachliche Bilder sind ein Hinweis auf die mediale Vermittlung der Vorurteile, zumal dann, wenn die Sprache der Interviewten ansonsten eher pragmatisch wirkt. Beispiele: „Fluten bedrohen uns“, „Dämme müssen errichtet werden“, „Viren dringen bei uns ein“, „eine Giftsuppe kocht hoch“ usw. Hierzu ein knappes Beispiel aus einem Interview, das für viele steht: „Nein, da wär es anner - an unserer Regierung, auch ne weitsichtige Investitionspolitik zu machen, auf Sri Lanka oder inner Dritten Welt. Und da hielt ich et für sehr sinnvoller, manche Produktionsstätten aus ökologischen Gründen schon hier noch mehr Schwerindustrie rein oder Automobilindustrie; Umweltverschmutzer. Manche Investition auch dort zu machen, auf Sri Lanka oder inner Dritten Welt, um den Leuten dort Arbeitsplätze zu schaffen, ja. Das hielte ich also für wesentlich sinnvoller, als alle mühselig und beladen der Welt hier aufzunehmen, ne. Irgendwo is ja auch, denk ich ma, dat Schiff hinterher, eh, vonner Besiedlungsdichte her, eh, erschöpft, ne, denk ich mir.“⁶

Die Welt ist in „Hier“ und „Dort“ aufgeteilt, „Hier“ kann man nichts mehr aufnehmen, das Boot ist voll - von der Besiedlungsdichte her.

Erschreckend ist, dass in der Bevölkerung ebenso ein erheblicher Antisemitismus anzutreffen ist. Dieser richtet sich dabei oft auch gegen Türken, denen etwa damit gedroht wird, dass es ihnen eines Tages genau so gehen könnte wie den Juden im Faschismus.

„Ja, aber jetzt hier so, jetzt nicht um, um die Deutschen zu verteidigen, dat is, ne, aber man muss die Zahl auch berücksichtigen, die hier is. (...) Die Türken, die treten nur in Gruppen auf. <räuspert sich> Warum auch immer, dat, dat is mir jetzt also, und von daher ist dat meine Meinung, dass die Sache verschärft wird, ne? Die wird nicht abbauen, die wird sich verschärfen, ne? (...) Vielleicht - dat weiß ich aber auch nich so genau - wenn, dass, sagen wer mal so vier, fünf Generationen, ne, wenn se, das is meiner Meinung nach auch dasselbe Problem gewesen mit Juden. Juden haben sich auch abgekapselt und haben ihren Lebensstil weiter durchgeführt, das, das gab den Brennpunkt eigentlich, ne? Natürlich auch noch darin vielleicht gesehen, weil waren recht erfolgreich. Das sieht man dann natürlich au noch nich so ganz gerne, ne? Wenn der Türke schwer arbeitet und, und, und nicht viel hat, dann akzeptiert man den ja auch sofort. Aber sobald der mal nen größeres Auto fährt - dat sieht man ja au nich gerne, ne?“⁷

Auch werden demokratische Argumente verwendet, um rassistische Einstellungen abzusichern: „Die Türken behandeln ihre Frauen schlecht, und deshalb lehnen wir sie ab, deshalb haben sie hier nichts zu suchen.“

Die Ausgrenzungen der Einwanderer und Flüchtlinge im Alltagsdiskurs gehen einher mit latenten Handlungsbereitschaften. Damit ist nicht nur die Inkaufnahme und Einforderung von struktureller staatlicher Gewalt gemeint, wie dies bei Abschiebungen der Fall ist. Man will unter Umständen selbst Hand anlegen, um Ausländer los zu werden. Insofern darf es nicht überraschen, wenn rassistische Übergriffe von Bürgerinnen und Bürgern „klammheimlich“ oder aber auch offen gutgeheißen werden.

6 Siegfried Jäger, BrandSätze, S. 253.

7 Siegfried Jäger, BrandSätze, S. 234.

Einige unspektakuläre Schlussfolgerungen

Wir haben hier lediglich zwei wichtige diskursive Ebenen des rassistisch unterfütterten Einwanderungsdiskurses in Deutschland knapp skizziert. Daneben sind auch der Erziehungsdiskurs und wissenschaftliche Spezial-Diskurse zu beachten. In ihrer komplexen Verflechtung und gegenseitigen Beeinflussung bergen sie die Gefahr, ein undemokratisches, gewalttätiges und rassistisches Klima in der Bundesrepublik aufrechtzuerhalten oder zu erzeugen und Menschen immer wieder dazu anzustiften, Gewalttaten zu begehen oder zu dulden.

Wie sind solche rassistischen Effekte zukünftig zu vermeiden? Dazu nur einige Bemerkungen, die sich aus unseren empirischen Untersuchungen unmittelbar ergeben:

In der Gesellschaft sollte ein Bewusstsein über die Bedeutung und die Macht diskursiver Vorgänge entstehen. Diskurse sind nicht nur Schall und Rauch, sondern sie formieren Bewusstsein und geben das Spektrum ab, innerhalb dessen die Gesellschaftsmitglieder praktisch handeln.

Eine zweite, sehr allgemeine Schlussfolgerung ist, dass die in der öffentlichen Debatte benutzte Symbolik in Verbindung mit dem Thema Einwanderung, Flucht und Asyl vermieden werden sollte, denn diese Symbole legen mit ihrer Bildlichkeit bestimmte Handlungsoptionen nahe.

Es sollten *Verallgemeinerungen* vermieden werden. Das bedeutet, dass z.B. die Tatsache, dass auch Ausländer in kriminelle Handlungen verwickelt werden können, nicht geleugnet wird, dass aber jegliche Verbindung zwischen ihrem Ausländerstatus und Kriminalität zurückgewiesen wird.

Es kann damit aber noch ein weiteres bewirkt werden: Die Homogenität auch der Gruppe der so genannten „Eingeborenen“ kann infragegestellt werden. So wirft die Forderung danach, dass sich die Ausländer anpassen sollen/müssen, sofort die Frage danach auf: an wen denn? An die deutsche Hausfrau oder das, was ihr an Eigenschaften zugeschrieben wird? An den deutschen Arbeiter oder an das, was wir von ihm denken? Schließlich sind „die Deutschen“ auch nicht so homogen, wie gerne unterstellt wird. Durch solche Fragen lassen sich Unterschiede, die es innerhalb der Bevölkerung gibt, auch solchen zwischen Einwanderern und „Eingeborenen“, sinnvoller thematisieren.

Auch sollten stereotype *Zuschreibungen* infrage gestellt werden. Das ist besonders wichtig bei all solchen Vorurteilen, bei denen es um ökonomische Tatbestände geht. Warum sind Türken denn als Türken Wohnungssuchende? Sie konkurrieren doch nicht durch ihre Nationalität mit Deutschen, sondern als jemand, der eine Wohnung braucht und sucht. Da tragen Hinweise auf die Herkunft der Suchenden nichts zur Klärung bei.

Klar sollte allerdings sein, dass Zensur und eine Beschneidung der Pressefreiheit nicht dazu beitragen können, Rassismus zurückzudrängen. Wir meinen, es gehe darum, dass das Demokratieverständnis in Deutschland stabilisiert und ausgebaut wird. Willy Brandt hat vor Jahren für Westdeutschland den Slogan „Mehr Demokratie wagen!“ in die Diskussion gebracht. Rassismus und Rechtsextremismus sollten nicht erst dann bekämpft werden, wenn es bereits brennt. Es gilt vielmehr, die schleichende Entwicklung ins Auge zu bekommen und dagegen vorzugehen, damit aus BrandSätzen keine Brandsätze werden.